



Preußen.

Berlin, 7. Jan. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht, den nachbenannten kaiserlich österreichischen Beamten, und zwar: dem Wirklichen Geheimen Rath und zweiten Bevollmächtigten bei der Friedens-Conferenz, Freiherrn von Brenner, den rothen Adlerorden erster Klasse, dem Hof-Secretair und Chef der politischen Expedition im Ministerium des Aeußern, Franz Neileich, den königl. Kronenorden dritter Klasse, so wie den Hof- und Ministerial-Offizialen im Ministerium des Aeußern, Felix Grognet d'Orléans, Heinrich Guffian und Victor Herzog, den königl. Kronenorden vierter Klasse zu verleihen.

Berlin, 7. Jan. [Se. königl. Hoheit der Kronprinz.] und Prinz Alfred von Großbritannien haben gestern früh zur Jagd nach Potsdam. Um 5 Uhr fand bei Ihren königl. Hoheiten dem Kronprinzen und der Kronprinzessin ein Diner statt, zu welchem, außer dem Gefolge des Prinzen Alfred, der Oberst von Studnitz, der Oberst von Maloff, Commandeur des 6. Pommerschen Infanterie-Regiments Nr. 49, und der Leutnant von Voebede vom 5. Westfälischen Infanterie-Regiment Nr. 53 Einladungen erhalten hatten. Abends wohnten die höchsten Herrschaften der Vorstellung im Circus Carré bei. (St.-A.)

[Das Staatsministerium] trat heute Mittag halb 1 Uhr in einer Sitzung zusammen.

[Die Depesche an Baiern.] Die „B. u. S. Z.“ schreibt: Wie uns von einem wiener Correspondenten versichert wird, hat das österreichische Cabinet von der auch nach Wien mitgetheilten — natürlich nicht auch nach Wien adressirten — Depesche des Herrn von Bismarck an Baiern ausdrückliche Veranlassung genommen, sowohl seine übrigen deutschen Bundesgenossen, als auch Preußen selbst zu verständigen, daß diese Depesche einer Auffassung des Bundesrechtes und der Rechte und Pflichten der Bundesglieder Raum gebe, welche Österreich sich nicht allein nicht anzu eignen vermöge, sondern welche es klar und entschieden abweisen müsse. „Es sollen übrigens, so versichert derselbe wiener Correspondent — seitdem bereits von Berlin einleitende und mildernde Erläuterungen abgegangen sein.“

[Der dänische Gesandte am Hofe zu St. Petersburg, Baron Otto v. Plessen,] der einige Tage in Kopenhagen verweilte und bereits als Nachfolger des Minister-Präsidenten Blumhe genannt wurde, verläßt auf der Durchreise Berlin.

[Zurücknahme.] Der Landrath v. Jagow in Perleberg, welcher, wie in dieser Zeitung erwähnt, die Einwohner des Dorfes Postlin (in der Westpreignitz) öffentlich getadelt hatte, hat jetzt — unter dem 2. d. M. — folgende Bekanntmachung erlassen:

„Mit Bezug auf meine Bekanntmachung vom 5. Dezember veröffentlichte ich hierdurch, daß, nach den angestellten Ermittlungen, das Verhalten der Einwohner des Dorfes Postlin gegen ihre Einquartierung vom brandenburgischen Füsilier-Regiment Nr. 35 nicht von der Art war, um zu geistlich begründeten Beschwerden Veranlassung zu geben. Mitbin fällt auch der, gegen die Mehrzahl der Einwohner dieses Dorfes ausgesprochene Tadel fort.“

[Der Oberbürgermeister Grabow,] welcher erst kürzlich von einer nicht unbedenklichen Krankheit genesen, wird zwar als Abgeordneter an den Sitzungen der Kammern theilnehmen, schwerlich aber die Wahl zum Präsidenten wieder annehmen, da seine Kräfte es noch nicht gestatten sollen, sich den Anstrengungen dieser Stellung zu unterziehen.

[Herr v. Winter, der Oberbürgermeister von Danzig,] erst kürzlich von schwerer Krankheit genesen, ist nach einer der „Mont.-Z.“ zugekommenen Privatmittheilung durch den jüngst erfolgten Tod seines Vaters, des Superintendenten a. D. v. Winter, so ergriffen worden, daß er aufs Neue bedenklich erkrankte. Der Oberbürgermeister v. Winter ist, da seine Geschwister sämmtlich kinderlos gestorben, der alleinige Erbe seines Vaters.

[Sommerferien.] Aus der Provinz Preußen meldet die „Westpreussische Ztg.“: Mit höherer Genehmigung werden fortan an den Gymnasien und den Realschulen erster Ordnung in hiesiger Provinz die bisherigen Sommer- und Michaelis-Ferien fortlassen und an ihrer Statt Herbst-Ferien von einer Dauer von 5 1/2 Wochen am Schlusse des Sommer-Halbjahrs vom 15. August an einleiten.

[Kriegshafen.] Aus verschiedenen in letzter Zeit von der Regierung ertheilten Bescheiden und Äußerungen ergiebt sich, daß ungeachtet des für die eckernförder Bucht in Aussicht genommenen neuen Kriegshafens doch auch der Bau des Kriegshafens im jasmunder Bodden auf Rügen nicht nur nicht aufgegeben werden wird, sondern auch noch in Stolzmunde und Leba besondere Nothhäfen geschaffen werden sollen. Mit den beiden schon vorhandenen bedeutenden Marine-Stationen in Danzig und Swinemünde würde die Ausführung dieses Projectes für die Dflsee ein vollständiges preussisches Hafensystem begründen.

[Stettin, 7. Januar.] [Die preussischen Kriegsschiffe] „Niobe“, „Mosquito“ und „Moeder“ sind nach Bericht vom 27. Dezember wohlbehalten in Madeira angekommen. Die „Niobe“ ist am 26. Dez. nach den Cap Verdischen Inseln weiter gegangen.

[Thorn, 5. Januar.] [Polizeiliches.] Nach Uebergabe der Polizeiverwaltung an die Stadt ist aus Berlin an den bisherigen Polizeicommissar Dr. Horn der Befehl eingetroffen, noch hier zu verbleiben, so wie an drei der am Orte beschäftigten Berliner Schutzmannen, sofort nach Insterburg abzureisen. (Westpr. Z.)

[Köln, 6. Jan.] [Der Polenprozeß] wird am 11. d. M. einen Nachtrag in unserer Stadt erhalten; denn Herr Zerbst ist angeklagt, in der rheinischen Gerichtszeitung „Publicist“ in einer Abhandlung über jenen Prozeß eine Polizeibehörde in Ostpreußen, welche Schriftstücke zu den Akten beibrachte, beleidigt zu haben. Gestern sollten die Verhandlungen bereits stattfinden, mußten indeß vertagt werden, weil der Verteidiger Herr Adolfsen erkrankt ist und mehrere als Zeugen geladene Polen noch nicht erscheinen konnten. (Frankf. Journ.)

[Konn, 6. Jan.] [Ernennung.] An Stelle des verstorbenen Professors Schacht ist der bisherige Privat-Dozent an der berliner Universität Dr. Hanstein zum ordentlichen Professor der Botanik und Direktor des botanischen Gartens ernannt worden. Derselbe wird seine Thätigkeit an der hiesigen Universität zu Ostern d. J. beginnen.

Deutschland.

München, 5. Jan. [Die Weihnachts-Rundfahrt unse- res Herrn v. d. Pfordten] war von dem gewünschten — von dem Minister selbst ohne Zweifel auch erwarteten — Erfolge nicht gekrönt. Außer Beuß's rückhaltvoller Zustimmung und Herrn v. Dalwig's zweideutigem und vorsichtigem Eventualismus hat er nichts als Körbe heimgebracht. Den ärgerlichsten und unerwartetsten Ausgang hat die

Sondirungsreise nach Stuttgart gehabt, man unterhält sich in der schwäbischen Königsstadt ziemlich indiscret von einem sogar ein wenig bräunlichen Benehmen einer hohen Person gegen einen hohen Staatsmann, wodurch evident geworden, daß in Mittelsaatsfragen ein anderer Wind am württembergischen Hofe weht, als in der Stuben-rauch'schen Periode.

[Stuttgart, 5. Jan.] [Interpellation und Antwort.] In der zweiten Kammer beantwortete heute der Minister des Aeußern, Hr. v. Barmbüler, die Interpellation der Abgeordneten Desterlen und Wolbach, betreffend die Schleswig-holsteinische Frage. Die Interpellation stellte folgende Fragen:

1) Ob die königliche Staatsregierung auch jetzt noch Grund habe, in der Einigung der beiden deutschen Großmächte die Gewähr der Hoffnung auf eine dem nationalen Sinne und dem nationalen Rechte entsprechende Lösung der Schleswig-holsteinischen Frage und der Befriedigung aller anderen gerechten und berechtigten Erwartungen der deutschen Nation in politischer wie in handelspolitischer Beziehung zu erblicken? 2) Ob die königl. Regierung der Einigung der beiden deutschen Großmächte gegenüber eine Einigung der übrigen deutschen Bundesstaaten oder wenigstens eines Theils derselben zur Verfolgung einer gemeinsamen Politik für unmöglich oder für unratbar hält? 3) Ob die königl. Staatsregierung im Falle des Versuchs einer solchen Einigung dahin wirken wird, daß dieselbe ihre Stütze anstatt in der Anlehnung an das Ausland in der gemeinsamen Verfolgung einer nationalen und freisinnigen Politik suche?

Minister Hr. v. Barmbüler antwortete: In Gemäßheit Bundesbeschlusses vom 5. d. M. haben die Bundescommissare und Bundesstruppen die Herzogthümer Holstein und Lauenburg verlassen, und werden diese von Oesterreich und Preußen verwaltet. Ueber die definitive Regelung der Rechtsverhältnisse dieser Herzogthümer, und insbesondere der Ergebnisse in denselben werden zwischen den Kabinetten der beiden Großmächte lebhaft Verhandlungen gepflogen. Ich halte es der Lage und den Interessen, welche ich zu vertreten habe, und welche die Regierung in Uebereinstimmung mit den Ständen vertreten hat, entsprechend, vorerst abzuwarten, welche Anträge als Ergebnis der gedachten Verhandlungen beim Bunde werden gestellt werden. Ich habe zur Zeit keinen Grund, anzunehmen, daß dieselben nicht zu einer den nationalen Interessen und dem Rechte entsprechenden Lösung der Schleswig-holsteinischen Frage führen werden. Vor Abschluß dieser Frage aber kann wohl die durch ruhige und einmüthige Verständigung bedingte Lösung tief eingreifender — namentlich organisatorischer — Fragen nicht erwartet werden. Immerhin halte ich die Einigung der deutschen Großmächte für eine Bedingung ihrer Lösung, und überhaupt dem Interesse Deutschlands entsprechend. Eine Einigung der kleineren deutschen Bundesstaaten oder eines Theils derselben als Gegenlag gegen diejenige der deutschen Großmächte hielt ich zur Zeit weder für nöthig noch für rathsam. Ein an deutsche Regierungen gerichteter Circular des Freiherrn v. d. Pfordten, auf welches sich die Herren Antragsteller, unter Berufung auf öffentliche Blätter, beziehen, besteht nicht. Der Gedanke an eine Anlehnung an das Ausland zur Abwehr gegen Oesterreich und Preußen ist wohl allen deutschen Regierungen fremd, insbesondere weise ich denselben für mich, sowie im Namen des genannten bairischen Staatsmannes, mit welchem ich vor einigen Tagen darüber mündlich verkehrt habe mit allem Nachdruck zurück; wir rechnen bei Verwerfung dieser Idee auf die Zustimmung der ganzen deutschen Nation. (Zustimmungsrufe.)

Desterlen stellt den Antrag, die Interpellation mit der Antwort des Ministers an die staatsrechtliche Commission zu weisen. — Hölder erklärt sich insbesondere befriedigt durch die Schlussbemerkung des Ministers, mit welcher derselbe den Gedanken einer Anlehnung an's Ausland nicht nur für seine Person, sondern auch Namens des Ministers v. d. Pfordten so entschieden zurückgewiesen habe. Ueber das Aeußerste, sagt er, lieber Bürgerkrieg, als Hilfe vom Ausland!

Die Antwort des Ministers nebst der Interpellation wurden der staatsrechtlichen Commission zur Berichterstattung zugewiesen. (St.-A. f. W.)

[Hof, 7. Jan.] [Blitz.] In Nürnberg gab gestern Mittag bei Schneegestöber der Blitz in das Thurmdach der St. Lorenzkirche geschlagen und gezündet und ist infolge dessen der Thurm ausgebrannt.

[Schwerin, 6. Jan.] [Für den Bildungsstand des mecklenburgischen Volkes] giebt das von dem statistischen Bureau zu Schwerin veröffentlichte dritte Heft des dritten Bandes der Beiträge zur Statistik Mecklenburgs interessante und bezeichnende Aufstellungen. Es ist nämlich in demselben der Bildungsstand der von 1853—1862 eingestellten Rekruten angegeben. Danach konnten in den Städten und Flecken von 2817 Rekruten Gedrucktes gut lesen 1719, etwas 923, buchstabiren 159, gar nicht lesen 16; in den Dominalämtern konnten von 3555 Rekruten Gedrucktes gut lesen 1078, etwas lesen 2030, buchstabiren 428, gar nicht 19; endlich in den ritterschaftlichen und Klosterämtern konnten von 2901 Rekruten Gedrucktes gut lesen 710, etwas lesen 1693, buchstabiren 472, gar nicht lesen 26. Geschriebenes konnten von 2817 Rekruten aus den Städten und Flecken gut lesen 1206, etwas lesen 1060, buchstabiren 415, gar nicht lesen 138; von 3555 Rekruten aus den Dominalämtern konnten Geschriebenes gut lesen 422, etwas lesen 1426, buchstabiren 1176, gar nicht lesen 524; endlich in den ritterschaftlichen und Klosterämtern konnten Geschriebenes von 2901 Rekruten 268 gut lesen, 903 etwas, 947 buchstabiren und 783 gar nicht; mithin konnten von 9273 Rekruten im Ganzen 1445 Geschriebenes gar nicht lesen. Schreiben konnten aus den Städten und Flecken gut 842, etwas 1524, Buchstaben schreiben 361, gar nicht, 90; von den Dominalämtern konnten 302 gut, 1789 etwas, 1076 Buchstaben und 379 gar nicht schreiben; von den ritterschaftlichen und Klosterämtern konnten 173 gut, 1150 etwas, 919 Buchstaben und 659 gar nicht schreiben. Endlich rechnen konnten aus den Städten und Flecken ziemlich gut 1130, etwas 1344, gar nicht 343; von den Dominalämtern 531 ziemlich gut, 1931 etwas und 1093 gar nicht und endlich von den ritterschaftlichen und Klosterämtern 285 ziemlich gut, 1261 etwas und 1355 gar nicht. In Summa konnten demnach von allen Rekruten 1946 ziemlich gut, 4536 etwas und 2791 gar nicht rechnen. Die trockenen Zahlen liefern den bereitesten Commentar zu den mecklenburgischen Zuständen. Auch hier ist es wieder die Ritterschaft, welche die Prämie davon trägt. Es giebt allerdings ein Landesgymnasium, neuerdings nach Neukloster verlegt, in diesem wird aber die größte Zeit mit dem Auswendiglernen von biblischen Geschichten, dem Katechismus und dem Gesangbuch zugebracht, die Mußezeit aber wird dazu benutzt, um die angehenden Lehrer mit Harkenschnitzen, Kellen- und Pantoffelmachen zu beschäftigen, damit sie ja keine Gelegenheit haben, sich mit der als heidnisch verpöbten Literatur („Sogenannte Klassiker“) heist es in Preußen) zu beschäftigen. Daß dann solche Resultate zu Tage gefördert werden, wie oben angegeben ist, kann danach auch keine Verwunderung erregen. Die in diesem Seminar gebildeten Lehrer werden aber nur in den Städten und auf dem Domanium verwandt, die Ritterschaft kann dann zusehen, woher sie ihre Lehrer nimmt. Sie hat völliges Patronat über die Schulen und kann jeden von einem Geistlichen approbirten Lehrer anstellen. Natürlich sind die Herren Geistlichen meistens nicht sehr diffil mit einer solchen Beglaubigung, und da kommt es denn vielfach vor, daß der anzustellende Lehrer ein ver-

fommener Handwerksgeßell, ein invalider Bedienter, Kutscher oder Koch ist, und daß man sich mit etwas Lesen und Schreiben und der Kenntniß des Landescatechismus meistens befriedigt. Das Gehalt ist denn auch meistens der Art, daß der Grobknecht sich eben so gut sieht, wie der Schullehrer; 20—40 Thaler nebst Wohnung und etwas Gartenland ist ein gewöhnliches Gehalt für einen ritterschaftlichen Schullehrer. Bei solchen Bildungszuständen kann man sich nicht wundern, daß die verächtliche Prügelschule fast spurlos an Mecklenburg vorübergegangen ist. (Berl. Ref.)

[Altona, 5. Jan.] [Zur Siebzehner-Adresse.] Man weiß nicht, was man dazu sagen soll, wenn erzählt wird, daß zwei der ältesten Mitglieder der Ritterschaft unter den Siebzehnern, sowohl in der Versammlung selbst als hinterher dagegen sich verwahrt haben, daß die Adresse für Annerion sich ausspreche. Ihr Protest mag zu ihrer persönlichen Beruhigung dienen, aber das Mißverständniß bleibt unerklärlich. Heute verlautet, daß auch Graf C. von Holstein-Neversdorff seine Unterschrift zu den 17 gefügt hat. Er ist der Schwager von A. v. Barmbüler, dem Verteidiger der Landesrechte und des Herzogs und genöthigt mehr Vertrauen, als die meisten seiner Standesgenossen. Man sagt, daß er bei Plessen an der Berathung der Adresse theilgenommen, aber nicht unterschrieben und bis gestern zuzustimmen geögert habe. Er stand, ich meine bis auf die neueste Zeit, dem Herzog persönlich nahe, und es heißt, daß er durch seine leidenschaftliche Opposition gegen die Verfassung von 1848 sich zu Schritten hat hinreißen lassen, die ihn mit der ganzen Bevölkerung seines Heimathlandes in Widerspruch bringen. (Kiel. Z.)

[Kiel, 6. Jan.] [Stab des Obercommandos. — Hafen.] Heute wird der Stab des Obercommandos hier einrücken, jedoch ohne den Obercommandirenden General Herwarth v. Bittenfeld selbst, der erst um 16. d. M. hier erwartet wird. Der Stab besteht aus dem Obersten v. Pöbbecke, dem Major Graf v. Bartensteden, dem Rittmeister v. Kleist, den Hauptleuten v. Gottberg, Ehrhardt und v. Herwarth, dem k. k. Offizier Hauptmann Wieser, dem Justizrath Stechow, 4 Unteroffizieren, 12 Mann und 22 Pferden. Außerdem trifft heute die Intendantur hier ein, die aus 14 Beamten besteht. Wegen des mit heute beginnenden Umschlages sind die Wohnungen doppelt knapp, namentlich für Unteroffiziere. — In unserm Hafen liegen gegenwärtig 61 Handelschiffe in Winterlager; darunter befinden sich 13 Dänen. Es kommen dann noch hinzu die preussischen Kriegsschiffe, Corvetten „Wineta“, „Arcona“, „Augusta“, „Victoria“ und „Nympe“ und die Dampfanonenboote „Ramaleon“, „Cyklop“, „Komet“ und „Delphin“. (G. M.)

[Flensburg, 5. Jan.] [Der k. k. österr. Civil-Commissair Geh. Rath v. Halbhauer] ist gestern hier eingetroffen; die durch das längere Fortbleiben desselben verzögerte Abreise des Herrn v. Lederer wird, wie wir hören, in diesen Tagen erfolgen.

Oesterreich.

Wien, 7. Jan. [Offizielle Rundgebung über die Encyclica.] Die offizielle „Wien. Z.“ schreibt: Der h. Stuhl hat am 8. Dezember eine Encyclica erlassen, begleitet von einem Verzeichnisse als Treuebezeugender Säge.

Diese Encyclica wird dem Episcopate in dem Kaiserthum Oesterreich mitgetheilt werden.

Die k. k. Regierung ist nach dem § 1 und 2 der kaiserlichen Verordnung vom 18. April 1850 und dem Art. II. der mit dem heil. Stuhle 1855 getroffenen Vereinbarung nicht in der Lage, auf die Form, welche von dem Episcopate bei Rundmachung der Encyclica und ihres Anhanges eingehalten werden wird, Einfluß zu nehmen.

Ohne in eine Beurtheilung der erwähnten Rundgebung einzugehen, wozu derzeit für die kaiserliche Regierung kein Anlaß vorliegt, erkennt sie in derselben nur eine Verlautbarung von Anschauungen des päpstlichen Stuhles, welche an und für sich nicht geeignet ist, eine Aenderung der in dem Kaiserthum Oesterreich bestehenden Geseze und Einrichtungen zu bewirken.

Italien.

Rom, 6. Jan. [Canonisirung.] Heute früh verfügte der Papst in Anwesenheit der im Vatican versammelten Cardinäle die Veröffentlichung eines Decretes, kraft dessen zur feierlichen Canonisirung von 19 Mariyrern geschritten werden soll.

Frankreich.

* Paris, 6. Jan. [Dekret hinsichtlich der Encyclica.] Das bereits telegraphisch gemeldete kaiserliche Dekret, daß der Staatsrath erst gestern auf Duillier's Bericht gutgeheßen hat und bereits heute früh im „Moniteur“ zu lesen steht, lautet vollständig:

Auf Antrag Unseres Siegelbewahrers, Justiz- und Cultusministers u. nach Einsicht des Art. 1 des Gesezes vom 18. Germinal des Jahres X, nach Anhörung Unseres Staatsrathes haben wir decretirt und decretiren, was folgt:

Art. 1. Der letztere Theil der Encyclica, d. d. Rom, 8. Decbr. 1864, der mit den Worten: „Hicce... litteris auctoritate nostra“ beginnt und ein allgemeines Jubiläum auf 1865 anknüpft, ist angenommen und wird im Kaiserreiche in gewöhnlicher Form publicirt werden.

Art. 2. Der vorerwähnte Theil genannter Encyclica ist angenommen ohne irgend welche Gutherigung der darin enthaltenen Clauseln, Formeln und Ausdrücke, welche den Gesezen des Kaiserreiches, sowie den Freiheiten, Immunitäten und Grundfägen der gallicanischen Kirche zuwiderlaufen oder auch zuwiderlaufen könnten.

Art. 3. Genanntes encycclisches Schreiben wird parte in qua lateinisch und französisch in die Register Unseres Staatsrathes eingetragen und diese Eintragung durch den General-Secretär des Staatsrathes auf dem eingetragenen Actenstücke selbst bemerkt werden.

Art. 4. Unser Siegelbewahrer, Justiz- und Cultus-Minister ist mit der Ausführung dieses Decretes beauftragt, das ins Bulletin des Lois aufgenommen wird.

Gegeben im Palaste der Tuilerien, den 5. Januar 1865.

Napoleon.

Spanien.

Madrid, 6. Jan. [Mit Bezug auf die peruaischen Händel] schreibt die heutige „Correspondencia“: „Wenn es wahr ist, daß Peru von Spanien fordert, es solle, noch ehe es Genagthuung erlangt hat, die Chincha-Inseln räumen, so ist der Kampf unvermeidlich, und Spanien wird nicht eher nachgeben, als bis es den Beweis geliefert hat, daß es sich nicht ungestraft beleidigen läßt, und als bis ihm die Kriegskosten erstattet worden sind.“ In wie weit diese Worte die Gefinnung der Regierung ausdrücken, wollen wir dahingestellt sein lassen. Bis jetzt hat das Ministerium in dieser Frage eine etwas wunderliche Stellung eingenommen. Der Beginn der Adress-Debatte im Senat war auf den heutigen Tag anberaumt, und man durfte sich

